

# Wahlausruf der Braunschweigischen Partei.

## An die Wähler des ersten Braunschweigischen Wahlkreises Braunschweig-Blankenburg!

Der Reichstag ist aufgelöst, obwohl die Mehrheit desselben bewilligt hat, was von der Reichsregierung zum Schutze des Vaterlandes an Geld und Soldaten gefordert wurde.

Angeichts der von der Regierung bezeichneten Gefahren hat der Reichstag sogar, auf das verfassungsmäßige Recht der jährlichen Bewilligung in diesem Falle verzichtend, der Verstärkung des Heeres auf drei Jahre zugestimmt. Die Regierung hat dies Angebot zurückgewiesen und die Vertreter des Volkes nach Hause geschickt, weil sie die bedingungslose Zustimmung derselben zu ihrer Forderung, nämlich die Bewilligung auf sieben Jahre verlangt. Es ist also eine **Unwahrheit**, wenn man der Majorität des Reichstages vorwirft, daß sie der Regierung etwas verweigert habe, dessen unser gemeinsames Vaterland zu seiner Verteidigung bedarf. Vielmehr handelt es sich darum, ob das Volk in seiner Vertretung überhaupt noch einen selbstständigen Willen haben und berechtigt sein soll, die Vorlagen der Regierung pflichtmäßig zu prüfen. In diesem Streite kann die Entscheidung für Niemanden zweifelhaft sein, denn nicht die Wahrung der Rechte des Volkes gleichgiltig ist.

Für uns Braunschweiger sind aber bei der Auswahl unserer Reichstagsabgeordneten noch andere Rücksichten entscheidend.

Es ist Preußen unter offener und stillschweigender Billigung von unitarisch und preussisch gesinnten Landesbewohnern gelungen, unsern rechtmäßigen Landesherren von der Ausübung der ihm angefallenen Regierungsrechte fern zu halten. Durch die Einsetzung eines Regenten aus dem Hohenzollernschen Hause ist aber der schon an sich übermächtige Einfluß Preußens auf die Schicksale unseres engeren Vaterlandes der ausschließlich maßgebende geworden. Die uns reichsverfassungsmäßig zukommende Selbstständigkeit ist in vielen Beziehungen nur noch eine nominelle. Einflußreiche Parteien und Personen sind überdies bestrebt, die dem rechtmäßigen Landesherren, dem wir durch den Erbholdigungsseid verbunden sind, gebührenden Gefühle der Anhänglichkeit und Treue, begründet durch eine fast tausendjährige Verbindung seines Geschlechts mit unserm Lande, zu lockern, um auf diese Weise — wie sie offen eingestehen — die endgiltige Ausschließung des Welfischen Hauses anzubahnen. Es geschieht dies, obwohl diese Männer wissen, wie sehr derartige Bestrebungen den Hoffnungen und Herzenswünschen unsers theuern hochseligen Herzogs Wilhelm entgegenlaufen; — des Fürsten, dessen unvergängliche Verdienste um unser Land mit schönstem Andank gelohnt werden!

## Braunschweiger!

Seitdem diese in der deutschen Geschichte unerhörte Umwandlung der Geschichte des Herzogthums sich vollzogen hat, bietet sich bei den jetzt bevorstehenden Reichstagswahlen den treugebliebenen Braunschweigern zum ersten Male die Gelegenheit, ihre Stimme zu erheben für das Recht und die Verfassung unseres Landes, für unsere Selbstständigkeit, für unsern angekommenen Herzog! Die Zeit ist gekommen, durch die Wahl oder durch die Unterstützung von verfassungstreuen Candidaten Verwahrung einzulegen gegen das uns bereite Schicksal. Dadurch handeln wir zugleich im Sinne des den Bundesverträgen und der Reichsverfassung zum Grunde liegenden, der Geschichte Deutschlands wie noch seiner gegenwärtigen Entwicklung am meisten entsprechenden föderalen Gedankens; dadurch treten wir zugleich ein für die durch unser Geschick mitgefährdete Selbstständigkeit aller übrigen Bundesstaaten und Bundesfürsten!

Wir stehen der gegenwärtigen Regierung unseres Herzogthums nicht feindselig gegenüber; wir erkennen an, daß ihre Einsetzung bei der damaligen politischen Lage das Land vor größeren Gefahren bewahrt hat. Wir verlangen aber von ihr, daß sie, soweit es in ihren Kräften steht, die durch ihre alleinige Grundlage: die Landesverfassung und das Regententhumsgeß, unserm Herzoge gewährleisteten Rechte ihm unverkürzt gewähren, und daß sie allen verfassungswidrigen Gegenbestrebungen auf das Entschiedenste entgegenetrete.

Ein guter Braunschweiger, in dem das Rechtsgefühl noch nicht erloschen ist, darf daher seine Stimme nur einem solchen Manne geben, welcher bereit ist, mit offenem Bist für die Selbstständigkeit unseres Heimathlandes und die davon unzertrennlichen Rechte des angekommenen Fürstenhauses einzutreten!

Im ersten und im zweiten Braunschweigischen Wahlkreise sind solche Männer bisher nicht aufgestellt. Wir sehen von den Socialdemokraten ab, deren Sieg auch wir in vielen Beziehungen für ein schweres Unglück halten würden. Der in der Stadt Braunschweig aufgestellte **Compromiß-Candidat** hat nicht allein erklären lassen, daß er, „wenn auch nicht gebunden“, doch für das Septennat und die Verlängerung des Socialistengesetzes stimmen werde, er hat auch abgelehnt, über seine Stellung zur Braunschweigischen Frage eine beruhigende Erklärung abzugeben. Der für den Wahlkreis **Wolfsenbüttel-Helmstedt** aufgestellte, allein in Betracht kommende Candidat vollends gehört zu jenen hannoverschen Nationalliberalen, denen das traurige Loos ihres engeren Vaterlandes ganz besonders zur Last zu legen ist. Es ist geradezu undenkbar, daß ein Braunschweiger, der seine Heimath liebt und sie vor einem gleichen Schicksal bewahren will, einen solchen Mann zu seinem Vertreter wählen kann. Dagegen treten wir voll und ganz ein für die Wiederwahl des im **dritten Wahlkreise** von der deutsch-freisinnigen Partei aufgestellten Landgerichts-Directors **Wilhelm Baumgarten** in Braunschweig. Er hat uns Erklärungen abgegeben, welche keinen Zweifel darüber lassen, daß er gut Braunschweigisch denkt und daß er etwaigen gegen die Thronfolgerechte unsers Herrscherhauses gerichteten Bestrebungen mit der von ihm jederzeit bewährten Entschiedenheit entgegentreten wird.

